

Autorisation de travail et Vinsmoselle

Mercredi dernier, l'ASTI (Association de Soutien aux Travailleurs Immigrés) a présenté un appel public, signé par 79 'personnalités' luxembourgeoises, adressé au nouveau souverain 'grand-duquoi' et au gouvernement actuel afin d'accorder aux demandeurs et demandeuses d'asile une autorisation de travail. Trois arguments sont avancés dans l'appel: Un emploi permettrait aux réfugié-e-s l'accès à un logement individuel et par là l'intimité d'une vie familiale. La cohésion sociale s'en trouverait renforcée. Le marché de l'emploi souffre d'un manque de main d'oeuvre. A ce sujet, Claude Levy-Raus, président de l'ALNU (Association Luxembourgeoise pour les Nations Unies) a d'ailleurs critiqué les décisions du ministre du Travail, François Biltgen. Il a ainsi réitéré les revendications suivantes: donner aux déserteurs de l'armée yougoslave le statut de réfugié politique prévu par la convention des NU de 1951 et vérifier du moins si les demandeurs et demandeuses d'asile ne correspondent pas aux besoin d'un marché de l'emploi qui prend actuellement recours à des temporaires polonais pour la récolte des vins de la Moselle. En effet, boire un petit coup reste tout aussi agréable avec des récolteurs yougoslaves.

"Déi Gréng": Steuerreform statt Steuerreduktionen

Die Grünen haben die Steuerreduktionen der schwarz-blauen Koalition nicht gestimmt. In einer Pressemitteilung führen sie dafür mehrere Gründe auf. Einerseits handelt es sich in ihren Augen nicht um eine wirkliche Reform, weil neuen gesellschaftspolitischen Entwicklungen, wie etwa neuer Formen des Zusammenlebens nicht Rechnung getragen wird. Auch wirkt sich die CSV-DP-"Steuerreform" sozial ungerecht aus: BürgerInnen mit hohem Einkommen profitieren sowohl von der Absenkung des Spitzensteuersatzes, als auch von der abgeschwächten Steuerprogression quer durch die Tabelle. Ferner monieren die Grünen das Fehlen einer ökologischen Lenkungskomponente, denn die jetzt beschlossenen Reduzierungen führen zu einer klassischen Steigerung des Konsums. Längerfristig sehen die Grünen sogar die finanzielle Handlungsfreiheit des Staates in Gefahr: Die Absenkung der Gesamtbetriebsbesteuerung auf 30 Prozent dürfte in wirtschaftlichen Krisensituationen sehr schnell zu Engpässen führen.

Qui représente les étudiants?

Dans un communiqué de presse, l'ALUC (Association Luxembourgeoise des Universitaires Catholiques-Section des étudiants), le CSJ-Schüler a Studenten et l'UNEL (Union Nationale des Etudiant-e-s du Luxembourg) s'étonnent de la décision de l'ACEL (Association des Cercles d'Etudiants Luxembourgeois) d'abandonner le cadre de la "Table Ronde Nationale des Organisations Estudiantines", qui jouait depuis 1995 le rôle de cadre consultatif des associations estudiantines nationales. L'ACEL plaide plutôt en faveur d'une structure interne appelée "Conseil des Membres Consultatifs" duquel sont exclues l'ALUC et l'UNEL. Les associations rappellent qu'elles ne peuvent adhérer à l'ACEL, puisque l'article 14 des statuts de cette dernière stipule que "nul ne peut être membre du Comité de l'ACEL s'il est également investi d'un mandat dans le cadre d'un parti politique, d'une organisation estudiantine à connotation politique ou idéologique, [ou] d'une autre organisation nationale d'étudiants". Autre raison invoquée: "La limitation de l'ACEL à une défense des intérêts purement corporatifs des étudiants, en contradiction aux perspectives plus globales se dégageant de nos statuts respectifs". Devra-t-on aussi trancher de la question de la représentativité dans le cas des associations estudiantines?

MOBILFUNK

Normenzauber im Antennenwald

Angst vor Strahlen? Die Antennen für den Mobilfunk sollen strengeren Normen unterworfen werden. Reicht das aus?



Empfang gut, alles gut!
(Foto: Christian Mosar)

(RK) - Seit Jahren schießen die Mobilfunkantennen wie Pilze aus dem Boden. Eine flächen-deckende Versorgung müssen die Mobilfunkbetreiber sicherstellen, so die EU-Vorschrift, und dieses Argument ersetzte anfangs die normalerweise notwendige Baugenehmigung. In den letzten Monaten aber erteilte das Umweltministerium keine Genehmigungen mehr, weil an neuen Normen für die Strahlenbelastung gearbeitet wurde.

Ende der vorigen Woche legten "déi Gréng" ihre Vorschläge dar. Die gesundheitlichen Risiken der Mobilfunk-Strahlung seien bisher verdrängt worden. "Es gibt zwar Grenzwerte, doch die wurden von industrienahen Wissenschaftlern ausgearbeitet", so Jean Huss. Ein internationaler Kongress habe im Juli versucht, die teilweise widersprüchlichen Studien zusammenzufassen. Den dort vorgeschlagenen Kompromisswert von 0,1 Mikrowatt pro Quadratzentimeter fordern die Grünen, im Sinne des Vorsorgeprinzips, auch für Luxemburg. "Das ist, wie das Beispiel des Landes Salzburg zeigt, technisch durchaus machbar", betont der grüne Abgeordnete.

Um den Antennenwildwuchs

einzuschränken, soll ein "Plan sectoriel" erstellt werden und die "Kolokalisation" mehrerer Sendeanlagen auf einem Pylonen verbindlich werden. "Wir wollen die Handys nicht verbieten", sagt Camille Gira, "doch der Belastung durch die Antennen sind alle ausgesetzt."

Neue Grenzwerte

Dienstags drauf ging das Umweltministerium mit seinen neuen Grenzwerten an die Öffentlichkeit. Die Feldstärke der Antennen muss unter drei Volt pro Meter liegen, das ist zehnmal strikter als der Wert der EU-weiten Empfehlung. "Nach unserem derzeitigen Wissensstand garantiert dies einen hohen Schutz", so der Umweltstaatssekretär Eugène Berger, "ohne die Leistungsfähigkeit der Mobilfunknetze zu behindern." Dafür sollen die Commodo-Verfahren nun schneller abgeschlossen werden. Immerhin ist vorgesehen, die Kolokalisation der Antennen zu "encouragieren".

Jean Huss ist mit dem Regierungsvorschlag nicht zufrieden. Zwar hatte Eugène Berger der Presse erklärt, nach den Berechnungen seiner Beamten entspre-

che die Forderung der Grünen etwa zwei Volt pro Meter. Laut Fachliteratur entspricht aber einer Flussdichte von 0,1 Mikrowatt pro Quadratzentimeter eine Feldstärke von 0,6 Volt pro Meter. Das ist fünfmal niedriger als der Regierungsvorschlag. "Ich frage mich, wie die Leute im Umweltministerium auf ihre Zahlen kommen", so Jean Huss. Leider konnte bis Redaktionsschluss niemand in der Umweltverwaltung uns über dieses Zahlenmysterium aufklären.

Laissez faire, laissez téléphoner

Den von "Déi Gréng" verlangten "Plan sectoriel" sieht Eugène Berger als eine zukünftige Möglichkeit, aber: "Allzu einschränkende Bestimmungen könnten gegen die EU-Dispositionen zur Liberalisierung des Telekommunikationsmarktes verstoßen." Das Vorsorgeprinzip, auf das sich ja auch die Grünen berufen, sei eingehalten worden, denn bei den Diskussionen mit den Netzbetreibern seien Schutz von Mensch und Umwelt die erste Sorge der Regierung gewesen.

Absolute Sicherheit gibt es nicht. Sollten die Antennen tatsächlich Krankheiten verursachen, so gilt dies in noch stärkerem Maße für die Handys selbst. Die aber sind der Renner im diesjährigen Weihnachtsgeschäft, besonders als Geschenk für die Kids. Vorsorge, wo bleibst du?

VOLLMACHTENGESETZ

Vertrauen statt Kontrolle

Alle Jahre wieder stellt das Parlament der Regierung einen Blankoscheck aus, damit sie im Notfall ohne demokratische Legitimierung Reglemente erlassen kann. Die kritischen Stimmen werden zahlreicher.



(rw) - So wie die verkaufsoffene Sonntage oder der Weihnachtsmarkt gehört auch das Votum des Habilitationsgesetzes zur Adventszeit. Eingeführt wurde es in schwierigeren Zeiten, nämlich 1915, mitten im Ersten Weltkrieg: Damals erlaubte es der Regierung, kriegsbedingte Maßnahmen zu treffen, ohne das Parlament zusammenrufen zu müssen. Obwohl unser Land schon lange keinen Krieg mehr erlebt hat, segnet die "Chamber" seit 1946 jedes Jahr das Vollmachtengesetz ab - und beschneidet sich damit eigentlich selbst. Seit einigen Jahren wird das Gesetz allerdings nur noch im Zusammenhang mit Währungsfragen oder internationalen Konflikten eingesetzt: zuletzt zum Beispiel im August 1998, als auch Luxemburg gegen Jugoslawien und Serbien wirtschaftliche Sanktionen verhängte.

Miniaturlparlament

Wenn es um die Notwendigkeit einer solchen Habilitierung geht, wird vor allem argumentiert, die Regierung brauche einen gewissen Handlungsspielraum, um im Notfall schnell handeln zu können. Das ist auch im

diesjährigen, für einmal tief-schürfenderen Bericht der Berichterstatterin Simone Beissel (DP) zu lesen. Eine Einberufung des Parlaments sei da nicht immer möglich. Seit 1990 wurde das Vollmachtengesetz elfmal angewandt. Einmal, im genannten Fall, fiel die Entscheidung in die Sommerferien, einmal in die Wahlkampfzeit, als das Parlament schon aufgelöst war. Ansonsten hätte ohne allzu viele Umstände das Parlament seine Rolle spielen können. Dazu kommt, dass die Abgeordneten auch wegen Pensionsgesetzen oder Regierungserklärungen schon mal ihren Urlaub verlegen mussten - und die Fraktionen schafften es durchaus, dann ihre Truppen zusammen zu trommeln. Der Regierung genügt es jedoch, wenn, wie im Habilitationsgesetz festgehalten, in diesen Fällen der Staatsrat sein Gutachten und die parlamentarische Präsidentenkonferenz ihre Zustimmung bringt: Letztere sei doch quasi ein Miniaturlparlament.

Doch die kritischen Stimmen mehrten sich. Einmal ist unklar, auf welchen Verfassungsartikel diese Praxis sich eigentlich basiert, präzise festgeschrieben ist

sie in der Verfassung nämlich nicht. Zudem hat der Staatsrat vor zwei Jahren über eine "opposition formelle" durchgesetzt, dass in dem Vollmachtengesetz keine Strafen mehr festgesetzt werden können. Damit ist jedoch der Sinn des Gesetzes abhanden gekommen. Und drittens hat Luxemburg nun seit einiger Zeit ein Verfassungsgericht. Es ist zumindest theoretisch denkbar, dass eine solche Regierungsent-scheidung von diesem Gericht gekippt wird.

Zumindest was die erste Frage betrifft, ist Abhilfe in Sicht. Die parlamentarische Verfassungskommission, die derzeit eine ganze Reihe von Artikeln bearbeitet, könnte hier Remedur schaffen. Dass es durchaus sinnvoll wäre, sich in den Nachbarländern umzuschauen, ob es nicht bessere Prozeduren gibt, hatte Regierungsvertreter Frieden (CSV) voriges Jahr schon zugegeben. In manchen von ihnen müssen solche Regierungsmaßnahmen zumindest nachträglich abgesegnet werden. Oder es gibt parlamentarische Eilprozeduren, damit Gesetze schneller in Kraft treten können. Doch bislang bleibt alles beim alten. Und der Änderungsvorschlag, den die LSAP am Donnerstag einbrachte, um die Habilitations-prozedur zu reformieren, hatte keine Chance.